

nachrichten

Burma.Initiative: Zur Inhaftierung in Burma

Nach den jüngsten Inhaftierungen in Burma hat die Burma.Initiative zusammen mit dem Burma Büro Köln, dem Burma Projekt Berlin und der Chin Community Germany in einem gemeinsamen Brief die Bundesregierung sowie die Repräsentanten der EU-Mitglieder, der ASEAN-Staaten und der asiatischen Nachbarländer aufgefordert, sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen und die Maßnahmen des UN-Sondergesandten Razali zu unterstützen.

vgl. *Burma.Initiative*

Aung San Suu Kyi wieder unter Arrest

Am 30. Mai 2003 wurden Aung San Suu Kyi, sowie 19 führende Parteiangehörige der National League for Democracy (NLD) unter Arrest gestellt. Sieben weitere NLD-Mitglieder in der Hauptstadt Rangun sollen unter Hausarrest stehen, NLD-Büros in allen größeren Städten sind geschlossen worden. Auch die Universitäten und höheren Schulen wurden geschlossen.

Suu Kyi und ihre Anhänger waren am 30. Mai in der Nähe von Monywa, Sagaing-Provinz, rund 600 km nördlich von Rangun in Auseinandersetzungen mit Junta-Anhängern geraten. Dabei wurde auch Suu Kyis Auto beschossen. Offiziell sind vier Menschen bei der Konfrontation ums Leben gekommen, 50

weitere wurden verletzt. Auch Aung San Suu Kyi soll eine Verletzung erlitten haben. Prodemokratische Quellen berichten, dass es weit mehr Tote gegeben haben soll.

Während ihrer einmonatigen Reise in den Norden Burmas, wo die Oppositionsführerin mehrere NLD-Büros eröffnet hatte, hatten die Auseinandersetzungen zwischen Suu Kyis Anhängern und Gegnern stetig zugenommen. Dieser letzte Angriff soll geplant gewesen sein.

Suu Kyi und die anderen inhaftierten NLD-Mitglieder wurden inzwischen nach Rangun gebracht, wo sie in einer Unterkunft des Geheimdienstes »zu ihrer eigenen Sicherheit« untergebracht sein sollen.

In der internationalen Gemeinschaft haben die Inhaf-

SARS: Temporäre Maßnahmen

Die Regierung hat temporäre Maßnahmen ergriffen, um Burma von einer tödlichen Form der Grippe zu isolieren, die in der ganzen Welt bereits Tote gefordert hat. Die Bot-schaften in Hongkong und Singapur wurden am 28. März 2003 angewiesen, keine Visa mehr auszustellen. Gleichzeitig wurde es burmesischen Staatsbürgern untersagt, in diese Städte zu reisen.

Außerdem wurden an den internationalen Flughäfen in Rangun und Mandalay medizinische Teams eingesetzt, um ankommende Passagiere auf Symptome von SARS zu untersuchen. Die neuesten Maßnahmen wurden am 1. April vom ersten Sekretär des State Peace and Development Council (SPDC), General Khin Nyunt, in seiner Funktion als Vorsitzender des Nationalen Gesundheitskomitees verkündet. Bei einem Treffen des Komitees begründete der General die Entscheidung, keine Visa mehr auszustellen. Ein Rangun-er Bürger hatte in einem Hotel in Hongkong gewohnt, das mit dem Ausbruch von SARS in der Region in Zusammenhang steht. Es handle sich dabei um einen 28-jährigen deutschen Angestellten der

Uniteam Shipping Company, der jedoch keine Symptome des Virus zeigte, als er am 29. März am Rangun-er Flughafen untersucht wurde.

Der Geschäftsmann ist einer von über 4.200 Reisenden, die von den medizinischen Teams am Flughafen untersucht wurden. Gen. Khin Nyunt sagte, das temporäre Reiseverbot nach Hongkong und Singapur würde keine Burmesen einschließen, die dort arbeiten beziehungsweise als Transitpassagiere oder Seeleute dorthin reisten.

Er drängte das Gesundheitsministerium, die Kontrollaktivitäten auch auf die Checkpoints entlang der Grenzen mit Thailand und China auszuweiten, wo die Krankheit im vergangenen November in der Provinz Guangdong zum ersten Mal aufgetreten sein soll. Ein führender Beamter aus dem Gesundheitsministerium sagte gegenüber der Myanmar Times, dass in Burma noch kein SARS-Fall aufgetreten sei. Dr. Soe Aung, der stellvertretende General-Direktor des Ministeriums, drängte die Öffentlichkeit, wachsam zu bleiben und jeden verdächtigen Fall zu melden.

vgl. *Myanmar Times* 11.4.2003

Bankenkrise

Anfang Februar 2003 kam eine Krise des Finanzsystems Burmas an die Öffentlichkeit, als sich an den Schaltern Schlangen von Menschen bildeten, die ihre Einlagen abheben wollten. Grund dafür waren Gerüchte, dass die Banken zusammenbrechen würden. Sie wurden unter anderem ausgelöst durch die Absetzung des Finanzministers am 1. Februar und durch den Zusammenbruch von verschiedenen Finanzdiensten, die jährliche Zinsen von bis zu 50 Prozent in Aussicht gestellt hatten.

Die Regierung verfügte Obergrenzen für Abhebungen von wöchentlich nur noch 100.000 Kyat. Das entspricht etwa dem Gegenwert von 100 US\$. Einzelne Banken setzten die Rate noch niedriger an. Es wird vermutet, dass einflussreiche Kunden aber auch größere Beträge abheben können und dass Angehörige des Militärs, die an einzelnen Banken beteiligt sind, in großem Stile Gelder beiseite geschafft haben. Man befürchtet, dass Beträge von Bankkunden in Milliardenhöhe verloren sind, was einer Enteignung von Anlegern gleich käme. Der Einzug von größeren Geldscheinen im Jahre 1987, der denselben Effekt hatte, war einer der wesentlichen Anlässe für die Unruhen von 1988 gewesen, die zum Sturz des Regimes von Ne Win und zur Machtübernahme durch die jetzige Junta führten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass während des Ansturms auf die Banken Spezialeinheiten der Polizei in den Straßen der Hauptstadt zu sehen waren.

Die Krise hat das ohnehin schwache Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, die Wirtschaft des Landes voranzubringen, schwer beschädigt. Die 20 privaten Banken, die in den letzten Jahren eine Lizenz erhalten hatten, haben einen großen Teil ihrer kundenorientierten Aktivitäten wie das Geschäft mit Kreditkarten eingestellt.

vgl. *The Business Times online*, 12.3.2003; ausführlicher Bericht australischer Fachleute: http://www.ibiblio.org/obl/docps/BE_W2003-03.htm#_ftn5.

tierungen für Empörung sorgt.

Die EU, verschiedene europäische Regierungen, die USA, Australien und sogar Thailand haben die Maßnahmen des SPDC verurteilt und die sofortige Freilassung Suu Kyis und ihrer Parteikollegen gefordert.

Der UNO-Generalsekretär Kofi Annan äußerte seine Besorgnis, bestätigte aber, dass die für den 6. Juni geplante zehnte Reise des UN-Sonderbotschafters Razali nach Burma stattfinden werde. Allerdings hat die Militärführung in Burma schon verlauten lassen, dass Razali Aung San Suu Kyi wohl nicht zu Gesicht bekommen werde.

vgl. *Burma Nachrichten* 2.6.2003

Das Internationale Rote Kreuz weitet seine Aktivitäten aus

Nach eigenen Angaben versucht das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die burmesische Militärregierung davon zu überzeugen, die Gebiete in der Nähe der thailändischen Grenze, die die Hilfsorganisation im Augenblick besuchen darf, auszuweiten.

Im November 2002 wurde es dem IKRK erstmalig erlaubt, die östlichen Regionen zu betreten, um den Dorfbewohnern Schutz zu gewähren und die Bedingungen in Gefängnissen und Arbeitslagern in der Region zu prüfen.

In den Shan- und Kachin-Staaten gibt es Konflikte zwischen dem Militär und Rebellen beziehungsweise ethnischen Gruppen, die das Leben zahlreicher Menschen bedrohen. Ein IKRK-Mitarbeiter sagte, dass man trotzdem tiefer in diesen Gebieten und auch im Norden des Karen-Staats präsent sein wolle.

»Die Diskussionen über eine größere Präsenz in diesen Problemgebieten gehen weiter«, so Peter Krakolining, der stellvertretende Leiter für die Aktivitäten des IKRK in Südostasien.

Laut einem IKRK-Mitarbeiter hätten die Besuche in ungefähr 80 Gefängnissen, Arbeitslagern, Landwirtschaftslagern und Baustellen im Straßenbau in Burma seit Mai 1999 einen positiven Einfluss auf die Bedingungen. Sie beinhalten auch private Gespräche mit Häftlingen.

Burmas Junta wird schon seit langem wegen ihrer schlechten Menschenrechtssituation kritisiert, die – nach Angaben von Menschenrechtsgruppen und westlichen Regierungen – auch Zwangsarbeit, Zensur und Verletzungen der Religionsfreiheit umfassen.

Das IKRK überwacht nach eigenen Angaben die Bedingungen von rund 2.997 Häft-

lingen, die sowohl wegen politischer wie sonstiger Delikte inhaftiert sind. Im vergangenen Jahr hat sie 1.665 von ihnen registriert. »Die Besuche sind bedeutend, sie haben einen Einfluss«, so Michel Ducraux, der Leiter des IKRK-Büros in Burma gegenüber Journalisten. »Wir machen Vorschläge und arbeiten an korrigierenden Maßnahmen, wenn es zu diesem Fall kommt – und es kommt dazu«, so Ducraux weiter, und fügte hinzu, dass das IKRK »sehr vorsichtig ist, um sicherzustellen, dass unsere Anwesenheit nicht nur kosmetischer Natur ist.«

Die Überprüfung der Lager wird zusammen mit dem Innenministerium der Militärregierung organisiert. »Es gibt Menschen auf Seiten der Behörden, die bereit sind, einige Anstrengungen und Schritte zu unternehmen, sonst würde es nichts bringen. Wir haben eine Behörde vor uns, die nicht

nach richten

homogen ist, lassen Sie es mich so sagen«, fügt Ducraux hinzu.

Amnesty International kritisierte vor kurzem die Militärregierung Burmas, weil politische Gefangene nur sehr langsam freigelassen werden seit dem ersten Besuch der Organisation im Januar. Es soll weiter schätzungsweise 1.200 politische Gefangene in Burma geben.

vgl.: Agence France Press,
7.4.2003

EU verlängert Sanktionen

Nach Aussage eines Beamten wird die Europäische Union die Sanktionen gegen das vom Militär regierte Burma verlängern. Die Entscheidung soll während eines Außenministertreffens in Luxemburg getroffen werden.

Die EU verhängte im Oktober 1996 ein Einreiseverbot für die Mitglieder der burmesischen Junta und später ein Waffenembargo und Wirtschaftssanktionen. Guthaben der Mitglieder des Regimes in EU-Ländern wurden eingefroren. Die Sanktionen der EU und der USA beinhalten außerdem Investitionsverbote und Beschränkungen für Anleihen an Burma durch internationale Banken, die zu einer bedeutenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes beigetragen haben.

In seiner letzten Fassung soll das zwölfmonatige EU-

Sanktionspaket – das »einen ungenügenden Fortschritt in der Menschenrechtssituation in Birma/Myanmar« anführt – am 29. April 2003 auslaufen.

Der Quelle zufolge könnten die EU-Außenminister außerdem damit drohen, die Liste der bisher 153 Mitglieder der burmesischen Junta und ihrer Anhänger zu erweitern, die das Territorium der EU nicht betreten dürfen. Diese Schwarze Liste, die auch die Namen von 19 Zivilisten enthält, wird von General Than Shwe, der Nummer eins der Junta, angeführt.

Die EU steht dem Regime weiterhin äußerst kritisch gegenüber und bemängelt vor allem den stockenden Verlauf der UN-gesponserten Friedensgespräche mit Aung San Suu Kyi, die Führerin der oppositionellen National League for Democracy (NLD). Die Vereinigten Staaten und die EU

behalten sich vor, weitere Sanktionen gegen die Junta zu verhängen, wenn sich die Situation nicht verbessert, heißt es in einem Bericht des US-State-Department.

Neben den Sanktionen gibt es auch Gespräche. Eine EU-Ministermission könnte in der Zwischenzeit Rangun besuchen, so ein EU-Diplomat. Die EU hatte das Visaverbot aufgehoben, um dem stellvertretenden Außenminister Burmas Khin Maung die Teilnahme an einem Treffen seiner südostasiatischen Kollegen in Brüssel mit Vertretern der EU im Januar zu ermöglichen.

Die Außenminister der EU und der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) stimmten darin überein, dass sich in Burma der Prozess der nationalen Versöhnung in einem »zerbrechlichen« Zustand befindet, während man unter-

schiedlicher Meinung darüber war, wie viel Druck auf das Regime auszuüben sei.

Aung San Suu Kyi wurde im vergangenen Mai aus einem 19-monatigen Hausarrest freigelassen. Doch seither war die Nobelpreisträgerin nicht in der Lage, substantielle Gespräche mit Vertretern der Junta aufzunehmen. Man hatte gehofft, »innerhalb weniger Wochen« nach ihrer Freilassung damit beginnen zu können.

Der halbjährliche Bericht des US-State-Department besagt, dass die Kontakte zwischen der NLD und der Junta »zum Stillstand gekommen seien«.

vgl.: Agence France Press,
11.4.2003